

# **Demokratisierung als Katalysator für ethnische Konflikte – Der Fall Côte d'Ivoire**

*Verfasser: Nils Müller*

*([www.nilsmueller.info](http://www.nilsmueller.info))*

Hausarbeit für das Hauptseminar *Interregionale Ungleichheiten und Konflikte*

Dozentin: *Dipl. Soz. Sabine Frerichs*

Datum: April 2007

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>2 Gewalt, Deprivation und Mobilisierung.....</b>	<b>4</b>
2.1 Gewalt.....	4
2.2 Relative Deprivation.....	6
2.3 Ethnische Mobilisierung.....	8
2.4 Demokratisierung und Mobilisierung.....	12
<b>3 Analyserahmen.....</b>	<b>14</b>
<b>4 Der Konflikt in Côte d'Ivoire.....</b>	<b>15</b>
4.1 Das ivoirische Wirtschaftswunder (1960 – 1979).....	15
4.2 Wirtschaftskrise und erste Reformen (1980 – 1993).....	18
4.3 Nachfolgestreit, Putsch und Bürgerkrieg (1993 – 2002).....	20
<b>5 Demokratisierung als Katalysator für ethnische Konflikte .....</b>	<b>24</b>
<b>6 Quellenverzeichnis .....</b>	<b>26</b>

## 1 Einleitung

Côte d'Ivoire, dem Land an der Südküste Westafrikas, sieht man sein Potential für ethnische Konflikte auf den ersten Blick an: Die knapp 15 Millionen Einwohner verteilen sich auf fünf ethnische Hauptgruppen mit insgesamt bis zu 60 Untergruppen. Sie sprechen neben der offiziellen Sprache Französisch 60 verschiedene Stammsprachen und sind in drei Religionsgruppen aufgeteilt. Trotzdem zeichnete sich das Land bis in die 1990er Jahre durch weitgehende politische Stabilität und ein deutliches Wirtschaftswachstum aus.

Heute, 2007, stellt sich die Lage jedoch anders dar: Das Land ist gespalten. Die Rebellen der *Forces Nouvelles* halten nach einem Aufstand 2002 die nördliche Hälfte des Landes besetzt, während der Süden von den Truppen der Regierung von Laurent Gbagbo in Abidjan kontrolliert wird. Zwischen den Konfliktparteien sichern ca. 10.000 Mann der UN-Friedenstruppe UNOCI den brüchigen Waffenstillstand (UNOCI 2007).

Wie kam es zu diesem Wandel, obwohl in Côte d'Ivoire nach dem Tode des langjährigen Alleinherrschers Félix Houphouët-Boigny auf den ersten Blick alles richtig gemacht wurde? 1995 fanden Wahlen statt, zu denen auch Oppositionskandidaten zugelassen wurden, und nach dem Staatsbankrott 1990 wurden die vom IWF und der Weltbank verlangten Strukturanpassungsmaßnahmen durchgeführt. Diese Demokratisierung und die Einbindung in die Weltwirtschaft waren eigentlich dazu gedacht, das Land nach dem Tode Houphouët-Boignys zu stabilisieren, doch den Ausbruch eines Bürgerkriegs, der das Land seit 2002 spaltet, haben sie nicht verhindern können.

Den Gründen für die Entstehung dieses Konfliktes und die besondere Rolle, die die Einführung eines Mehrparteiensystems in dessen Eskalation gespielt hat, werde ich in dieser Arbeit nachgehen. Bei der Analyse werde ich mich auf die von Johan Galtung (1969/1983, 1990) geprägten Begriffe *kulturelle* und *strukturelle* Gewalt stützen, die ich mit den Konzepten der *relativen Deprivation* und der *ethnischen Mobilisierung* in Beziehung setzen werde. Zudem werde ich ein von Stewart (2002) vorgeschlagenes Modell hinzuziehen, das die Rolle der Führer einzelner ethnischer Gruppen in der Entstehung ethnischer Konflikte konzeptualisiert.

Im nächsten Kapitel werde ich daher diese theoretischen Konzepte darstellen und in Kapitel drei einen einheitlichen Analyserahmen erarbeiten. Darauf folgt eine Darstellung der Entwicklung in Côte d'Ivoire, die ich in drei Phasen aufteilen werde: Die Phase der Stabilität und des Wohlstandes

zwischen 1960 und 1979, die Wirtschaftskrise und den Beginn der Reformmaßnahmen 1980 – 1993, sowie die Ereignisse, in der Zeit nach dem Tode Houphouët-Boigny 1993. Dabei werde ich insbesondere aufzeigen, wie die Einführung von demokratischen Wahlen die Ethnisierung und Eskalation des Konfliktes in Côte d'Ivoire begünstigt hat.

## 2 Gewalt, Deprivation und Mobilisierung

### 2.1 Gewalt

Zentrales Merkmal für eskalierte Konflikte ist die massive Anwendung von Gewalt<sup>1</sup>. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um den konkreten Eingriff in das körperliche Wohlbefinden eines anderen, vielmehr sind verschiedene Aspekte von Gewalt zu unterscheiden. Eine einheitliche Definition des Begriffs *Gewalt* ist daher schwer zu finden.

Galtung stellt bei seiner Definition von *Gewalt* den Unterschied zwischen der potenziellen und der tatsächlich realisierten somatischen und geistigen Verwirklichung in den Mittelpunkt (Galtung 1969/1983). Um nach diesem Begriffsverständnis eine Handlung als *Gewalt* identifizieren zu können, ist es nötig, das objektive Verwirklichungspotential eines Akteurs zu bestimmen. Galtung geht davon aus, dass Akteure ohne den Einfluss von Gewalt ihr vollständiges Potential entfalten könnten. Worin sieht Galtung aber dieses Potenzial? Liegt es im maximalen materiellen Wohlstand oder in sozialer Anerkennung? In vollkommener Ungebundenheit oder einem abgesicherten Leben? So gibt es gerade auf staatlicher Ebene zahlreiche Maßnahmen, die einerseits eine Entfaltung des Potentials seiner Bürger ermöglichen, es gleichzeitig an anderen Stellen jedoch wieder einschränken. Hier sei das Strafrecht als Beispiel genannt, das die Sicherheit aller Bürger erhöht, jedoch das Verwirklichungspotential des Straftäters massiv einschränkt. Demzufolge wäre fast jede staatliche Maßnahme *Gewalt* zu nennen, was die Unterscheidungskraft des Begriffs jedoch nahezu vollständig auflöst.

Auch wenn Galtungs Definition nicht unproblematisch ist, ermöglicht sie eine Ausweitung des Begriffs *Gewalt* über die reine physische Gewalt hinaus. So identifiziert Galtung auch die *strukturelle Gewalt* - Gewalt, die nicht von handelnden Individuen ausgeht, sondern die den gesellschaftlichen Strukturen immanent ist (Galtung 1969/1983). Diese kann, genauso wie oder noch stärker als physische Gewalt, in die Entfaltung des persönlichen Potentials eingreifen. Für eine

---

<sup>1</sup> In dieser Arbeit verstehe ich Gewalt im Sinne des englischen Begriffs *violence* und der lateinischen Wurzel *vis/violentia* als direkten Angriff und nicht im Sinne des Begriffs *power* bzw. dessen lateinischer Wurzel *potentia/potestas* als behördliche oder staatliche Zwangsgewalt. Der deutschen Sprache fehlt an dieser Stelle die Fähigkeit zur Unterscheidung (vgl. Bonacker & Imbusch 2006: 82).

## 2.1 Gewalt

---

Analyse von Prozessen auf der Makro-Ebene ist sie zudem besonders interessant, da sie sich ebenfalls auf der Makro-Ebene abspielt. Als Beispiele können hier Unterschiede in den Zugangschancen zu Bildungseinrichtungen oder dem Arbeitsmarkt angeführt werden. Auch Ghetto-Bildung in Städten oder eine ungleichmäßige medizinische Versorgung in einem Land können Ausprägungen struktureller Gewalt darstellen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, den Galtung herausarbeitet, ist die Legitimation von Gewalt. Der physisch gewalttätige Akteur benötigt eine Rechtfertigung für sein Handeln, denn es gibt auch für ihn soziale Gruppen, von deren Ansprüchen an sein Handeln er nicht losgelöst agieren kann. Und auch die unpersönliche *strukturelle Gewalt* ist für ihr Fortbestehen auf Legitimation angewiesen, da sie in sozialen Prozessen reproduziert werden muss. Bestehende Ungleichheiten müssen durch das Handeln von Individuen verfestigt und bestätigt werden, damit ihre Wirkung anhält. Die Grundlage für die Legitimation von Gewalt sieht Galtung in der *kulturellen Gewalt*:

„By 'cultural violence' we mean those aspects of culture, the symbolic sphere of our existence [...] that can be used to justify or legitimize direct or structural violence.“  
(Galtung 1990: 291)

Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass sich dieses Konzept nicht auf „gewalttätige Kulturen“ bezieht, sondern lediglich Gewalt legitimierende Aspekte, die sich in nahezu jeder Kultur finden, herausgreift.

In welches Verhältnis setzt Galtung diese drei Gewaltverständnisse von *physischer*, *struktureller* und *kultureller Gewalt*? Für ihn unterscheiden sie sich in erster Linie durch ihre zeitliche Ausdehnung und ihre Stabilität. So sieht er in direkter *physischer Gewalt* ein Ereignis, in *struktureller Gewalt* einen Prozess und in *kultureller Gewalt* etwas Permanentes, unhinterfragbar Gegebenes (Galtung 1969/1983). Weiterhin konzipiert er einen kausalen Fluss von *kultureller* über *strukturelle* hin zu *physischer Gewalt*. Dieser Fluss ergibt sich Galtung zufolge aus dem Wechselspiel von gewalttätiger Auflehnung gegen die durch *kulturelle Gewalt* legitimierte *strukturelle Gewalt* und die Verteidigung der existierenden Strukturen durch die daran interessierten Akteure.

Dieser Automatismus der Entwicklung von Gewalt übersieht jedoch einen zentralen Aspekt: Die sozialen Prozesse, die nötig sind, um die Transformation zwischen den verschiedenen Typen von Gewalt zu erzeugen. *Kulturelle Gewalt* ist erstmal nichts anderes als ein Potenzial für die

Legitimation von Gewalt. Sie wirkt nicht, wie Galtung es impliziert, automatisch, sondern muss von Akteuren, seien es Individuen oder Kollektive, aktiviert werden, indem sie herangezogen wird, um tatsächliche Gewalt zu legitimieren.

Auch bei der Erklärung von manifester *physischer Gewalt* kann kein Automatismus als Reaktion auf *strukturelle Gewalt* gesehen werden. Vielmehr sind auch hier soziale Prozesse beteiligt: So kann objektiv identifizierte *strukturelle Gewalt* nicht als Erklärung für gewalttätige Reaktionen herangezogen werden, vielmehr muss es um wahrgenommene soziale Ungleichheiten gehen (Major 1994). Auch Rothchild (1983: 172) hält fest: „Group disparities and uneven exchange are, in and of themselves, insufficient to explain the course of interethnic conflict“.

In den nächsten beiden Abschnitten werde ich diese Überlegungen weiter ausarbeiten, die Konzepte der *relativen Deprivation* und der *ethnischen Mobilisierung* vorstellen und ihre Funktion und ihr Zusammenwirken in der Evolution der Gewalt erläutern.

## 2.2 Relative Deprivation

Ausgangspunkt für die Entwicklung des Konzepts der relativen Deprivation war die empirische Beobachtung, dass sich objektiv besser gestellte Soldaten der US Army stärker benachteiligt fühlten, als eine Gruppe objektiver schlechter gestellter (Stouffer et al. 1949/1965). Um diese Anomalie zu erklären, entwickelten Stouffer et al. die Idee, dass das subjektive Empfinden nur in zweiter Linie von den objektiven Umständen abhängt, sondern zuvorderst von den vorgenommenen Vergleichen zwischen Individuen oder sozialen Gruppen. Darauf aufbauend schlägt Crosby (1976, 1982) folgende Definition von *relativer Deprivation* vor:

„To feel deprived of some object or opportunity (X), people who lack X must want X; see that another has X; feel entitled to (deserving of) X; think it is feasible to attain X; and not blame themselves (disclaim personal responsibility) for failing to have X now.“  
(Crosby 1982: 21)

Diese Definition zeigt sehr deutlich den vergleichenden Charakter von *relativer Deprivation* und weist auch bereits auf einige Aspekte hin, die später bei der Betrachtung der Rolle *relativer Deprivation* in der Entstehung gewalttätiger Konflikte eine Rolle spielen werden.

Einen weiteren wichtigen Aspekt fügt Runciman (1980/1966) dem Konzept der *relativen Deprivation* hinzu: Er unterscheidet zwischen *egoistischer* und *fraternalistischer Deprivation*. Bei der *egoistischen Deprivation* vergleicht sich das Individuum mit anderen Individuen aus seiner eigenen Vergleichsgruppe, der Student mit anderen Studenten, der Bauer mit anderen Bauern,

## 2.2 Relative Deprivation

---

Männer mit anderen Männern oder Afro-Amerikaner mit anderen Afro-Amerikanern. Diese Art der Deprivation neigt dazu, bestehende Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen auszublenden und lediglich die eigene Referenzgruppe zum Vergleich heranzuziehen. So werden strukturelle Ungleichheit und damit auch *strukturelle Gewalt* nicht als solche wahrgenommen. Major (1994) legt hier, unter Verweis auf zahlreiche empirische Studien, das Beispiel dar, dass sich Frauen in den USA der strukturellen Ungleichbehandlung im Berufsleben durchaus bewusst sind, dass diese aber nicht generell zu einer geringeren Zufriedenheit der Frauen führen. *Egoistische Deprivation* verstärkt also eher die bestehenden sozialen Ungleichheiten und birgt nur ein geringes Potenzial für gesellschaftlichen Konflikt.

Anders stellt sich die Situation bei der *fraternalistischen Deprivation* dar. Hier versteht sich das Individuum eben nicht als einzelne Person, sondern als Teil einer gesellschaftlichen Gruppe. Dementsprechend vergleicht es auch nicht seine individuelle Position innerhalb der Gruppe, sondern die Position seiner Gruppe innerhalb der gesamten Gesellschaft. So lässt sich die Frauenrechtsbewegung seit den 1960er Jahren, als Ergebnis *fraternalistischer Deprivation* verstehen, da hier die allgemein schlechtere Stellung der Frauen gegenüber den Männern Grund für die Deprivation ist. An dieser Stelle zeigt sich auch, dass in *fraternalistischer Deprivation* ein deutlich größeres Potenzial für gesellschaftlichen Konflikt steckt (Dubé & Guimond 1986, Dion 1986).

Dabei sind beide Konzepte im Großen und Ganzen unabhängig von einander. Es tritt sehr häufig der Fall auf, dass Individuen mit ihrer eigenen Situation durchaus zufrieden sind, jedoch ein hohes Maß an *fraternalistischer Deprivation* empfinden (Pettigrew 2002, Ellemers 2002). Versteht man *egoistische Deprivation* jedoch etwas weiter und schließt auch Vergleiche mit Individuen außerhalb der eigenen Gruppe mit in den Begriff ein (Smith & Ortiz 2002), so zeigt sich ein deutlicher Spillover-Effekt zwischen *egoistischer* und *fraternalistischer Deprivation*, dergestalt, dass hohe *egoistische* zu *fraternalistischer Deprivation* führen kann (Beaton & Tougas 1997).

Nach der Vorstellung des Konzepts der *relativen Deprivation* läge der Schluss nahe, dass eine hohe *fraternalistische Deprivation* automatisch zum Ausbruch von scharfen Konflikten innerhalb einer Gesellschaft führt. Jedoch zeigt sich, dass eine Erklärung von Konflikten, die nur auf *relativer Deprivation* basiert, unzureichend ist, da sie zahlreiche soziale Prozesse außer acht lässt (Major 1994, Stewart 2002).

Als ein zentrales Indiz für die Unangemessenheit des Konzepts *relativer Deprivation* für die alleinige Erklärung von Konflikten führt Stewart (2002) an, dass auch die durch die gesellschaftlichen Strukturen privilegierten sozialen Gruppen Konflikte auslösen können, wenn sie ihre Position in Gefahr sehen oder sie sogar noch ausbauen möchten.

Um dieses Problem zu lösen, ist es wichtig, *relative Deprivation*, genau wie *kulturelle Gewalt*, nicht als eigenen Gewalttypus oder Gewaltursache zu sehen, sondern vielmehr als Legitimationspotenzial für Gewalt, das durch Akteure aktiviert werden muss, um sich dann in eskalierenden Konflikten zu entladen. So fordern Gurney und Tierney (1982) zu Recht eine Verknüpfung der Forschung zur *relativen Deprivation* und der Idee der sozialen Bewegungen. Über die Überlegungen zur ethnischen Mobilisierung, wie Stewart (2002) sie anstellt, lässt sich dieser Brückenschlag zwischen den theoretischen Ideen gestalten.

### 2.3 Ethnische Mobilisierung

Um das Konzept der *relativen Deprivation* so zu erweitern, dass es auch die Möglichkeit umfasst, dass privilegierte Schichten einen Konflikt zur Eskalation bringen, möchte ich an dieser Stelle die Idee der *horizontalen Ungleichheit* von Frances Stewart hinzuziehen. Stewart definiert *horizontale Ungleichheiten* als „inequality between groups, defined by region/ethnicity/class/religion“ (Stewart 2000: 253). Diese Definition liegt auf den ersten Blick dem Konzept der *strukturellen Gewalt* sehr nahe. Tatsächlich umfasst sie ungefähr dieselben Tatbestände, fokussiert jedoch ein wenig stärker auf die Fundierung der beobachteten Unterschiede durch kulturelle Merkmale, bewegt sich insofern also auch in Richtung der *kulturellen Gewalt*.

Stewart sieht in *horizontalen Ungleichheiten* zwar einen wichtigen Katalysator für den Ausbruch gewalttätiger Konflikte, jedoch stellen diese nicht die alleinige Ursache für Konflikte dar. Diese Ungleichheiten sind für ihn, ähnlich wie für Galtung *kulturelle Gewalt*, eine Möglichkeit, Gewalt gegen bestimmte soziale Gruppen zu legitimieren.

Demzufolge stellen gewalttätige Konflikte keine automatische Reaktion auf wahrgenommene Ungleichheiten dar, sondern gehen in den meisten Fällen auf zielgerichtete Versuche zurück, die bestehenden Strukturen zu verändern bzw. in Zeiten der Unsicherheit und des Wandels die Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu treiben. Hinter bewaffneten Konflikten stehen daher zumeist bestimmte Individuen, die mit dem Konflikt ein bestimmtes Ziel verfolgen (Stewart 2000, Langer 2004). Diese Akteure werde ich im Folgenden als *Anführer* bezeichnen und die Masse, die sie anführen, als *Anhänger*.



Damit ein Anführer in der Lage ist, Gewalt gegen andere gesellschaftliche Gruppierungen zu legitimieren, muss er bei seinen Anhängern das Gefühl einer *fraternalistischen Deprivation* wecken: Er muss sie dazu bringen, sich als Opfer *struktureller Gewalt* zu fühlen und hat dazu ganz besonders die Möglichkeit, auf existierende *horizontale Ungleichheiten* zurückzugreifen (vgl. Major 1994, Gurin 1985, Folger 1987). Ihm stellen sich dabei besonders vier Probleme: Er muss aus seinen Anhängern eine Gruppe formen, sie sich selber als solche versteht und die sich von den anderen gesellschaftlichen Gruppen abgrenzt. Außerdem muss er seinen Anhängern in dieser Gruppe deutlich machen, dass sie innerhalb der Gesellschaft benachteiligt sind, er muss ihnen die *horizontalen Ungleichheiten* vor Augen führen und sie dazu bringen, diese Ungleichbehandlung als ungerecht und nicht legitimiert zu verstehen. Schließlich muss er bei seinen Anhängern das Gefühl wecken, die Auflösung dieser Ungleichheiten läge im Rahmen des Möglichen.

Die Verdeutlichung der existierenden Ungleichheiten ist dabei das weitaus kleinste Problem. Da die Anhänger, genau wie der Anführer, schon in den existierenden Strukturen leben und ihre Auswirkungen zu spüren bekommen haben, reicht hier ein Hinweis auf die Lebensumstände „der Städter“, „der Reichen“ oder „der Weißen“ aus, um den Anhängern den mentalen Perspektivenwechsel zu ermöglichen.

Dieser Verweis auf andere Gruppen, zu denen die Anhänger nicht gehören, ist gleichzeitig auch ein erster Schritt der Schaffung einer eigenen Gruppenidentität. Damit diese aber tatsächlich entstehen kann, bedarf es sichtbarer kultureller Unterschiede, die sich mit den gesellschaftlichen Ungleichheiten decken (Glazer & Moynihan 1975). Auf diese Weise wird es möglich, die Gruppe auf ethnischen Kriterien zu begründen.

Hinter dieser Überlegung steckt ein Verständnis von Ethnizität als sozialer Konstruktion und nicht als durch die Geburt bestimmte, objektive Eigenschaft. Ethnische Zugehörigkeit ist demnach nicht primordial und nicht wandelbar, wie es beispielsweise Douglas (1988: 192) versteht:

„[a] quasi natural state of being determined by one's descent and with, in the extreme view, socio-biological determinants“

Vielmehr ist die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe eine soziale Konstruktion, ebenso wie die ethnische Klassifizierung selbst. So gehen beispielsweise zahlreiche ethnische Unterscheidungen, die heutzutage die Grundlage für blutige Konflikte liefern, nicht auf eine lange Stammesgeschichte zurück, sondern sind vielmehr das Ergebnis administrativer Entscheidungen der Kolonialmächte.

### 2.3 Ethnische Mobilisierung

---

Auch dass ethnische Argumentationsmuster bewusst eingesetzt werden, um Vorteile im Verlauf bewaffneter Konflikte zu erlangen, wurde bereits für unterschiedliche Konflikte herausgearbeitet: So verweist Lonsdale (1990) auf eine politische Stammeskultur, die aus politischen Machtkämpfen in Kenia entstand, und bei Alexander und Kollegen (2000) und Turton (1997) finden sich ähnliche Überlegungen zu Konflikten in Simbabwe, Nordost Afrika und dem ehemaligen Jugoslawien.

Bei der Diskussion zur Konstruktion ethnischer Identität bleibt jedoch zu beachten, dass diese zwar flexibel und wandelbar ist, jedoch nicht vollkommen frei wählbar, und dass Veränderungen mit hohem Aufwand, hohen Kosten und auch sozialen Widerständen einhergehen. Zudem bedarf es einiger weithin akzeptierter Kennzeichen für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Diese können beispielsweise in einem gemeinsamen Abstammungsmythos bestehen, in einer gemeinsamen Religion, einer gemeinsamen Sprache oder Herkunftsregion (Langer 2004).

Die Mobilisierung auf der Grundlage ethnischer Argumentationen weist jedoch spezielle Eigenschaften auf, die sie für Anführer besonders attraktiv machen: So ist der konstruktive Charakter ethnischer Zugehörigkeit den meisten Menschen nicht bewusst, und sie sehen sie daher als integralen Bestandteil ihrer Persönlichkeit und ihres Selbst (Turton 1997). Es ist also nicht einfach so möglich, die ethnische Gruppe zu wechseln. Auf diese Weise kann in der Wahrnehmung des Einzelnen sein Schicksal an das der Gruppe gebunden werden, wodurch das Gefühl *fraternalistischer Deprivation* gestärkt wird (Stewart 2002). So entsteht bei den Mitgliedern der Gruppe eine hohe Motivation, für die gemeinsame Zukunft zu kämpfen (vgl. Simon et al. 1998).

Zudem zeichnen sich ethnisch legitimierte Konflikte durch eine besondere Intensität und auch eine besonders hohe Opferbereitschaft der Kämpfer aus. So legt Esser aus rational-choice-theoretischer Sicht dar, dass es bei dieser Art von Konflikten nicht nur um die Verfügung über einzelne Ressourcen oder den Wert bestimmter Teile des eigenen Kapitals geht, sondern um den weiteren Nutzen des gesamten angesammelten sozialen Kapitals innerhalb der eigenen Gruppe (Esser 1996). Die Angehörigen der beteiligten Gruppen haben also bei solchen Konflikten den Eindruck, es ginge nicht nur um ihr Leben, sondern auch um die Zukunft ihrer Familie und ihrer Ethnie; ein Verlust des Kampfes würde den Untergang bedeuten (vgl. auch Elster, Offe & Preuß 1998).

Diese Argumentation trifft umso mehr zu, wenn sich bei dem Kampf nicht um ein Aufbegehren gegen ein etabliertes System handelt, sondern um einen Kampf um die politische Macht in einer instabilen und offenen Situation, beispielsweise nach dem Zusammenbruch eines Regimes oder

dem Ende eines Krieges. In den darauf folgenden Machtkämpfen werden Festlegungen für eine lange Zeit getroffen, und nicht an diesen Entscheidungen beteiligt zu sein, würde die Situation der eigenen Gruppe massiv schwächen (Esser 1999).

Nach der Betrachtung der intendierten Konstruktion einer ethnischen Gruppenidentität, möchte ich mich nun den Aspekten der Delegitimierung von Ungleichheiten und der Erreichbarkeit von Veränderungen zuwenden.

Nachdem die Mitglieder der Gruppe sich der *horizontalen Ungleichheiten* bewusst sind, fehlt zur Entstehung eines Mobilisierungspotenzials noch das Bewusstsein, dass diese Ungleichheiten auch unrechtmäßig sind (Gurin 1985). Da eine umfassende Diskussion des Gerechtigkeitsempfindens den Rahmen dieser Arbeit bei weitem übersteigen würde, möchte ich mich hier auf die Überlegung beschränken, dass dieses Empfinden zum großen Teil durch kulturelle Muster geprägt wird. So kann *kulturelle Gewalt* dazu dienen, Ungleichheiten zu legitimieren. Die Mitglieder der Gruppe der Bauern sehen dann beispielsweise aufgrund ihrer Tradition keinerlei Anspruch auf medizinische Versorgung oder ein ausgebautes Bildungswesen. Vielleicht kommen sie auch überhaupt nicht auf die Idee, dass es solche Einrichtungen auch bei ihnen geben könnte.

Diese Legitimation wird jedoch durch die zunehmende Einbettung nationaler und ethnischer Kulturen in eine globalisierte Weltkultur (vgl. Meyer 2005) immer weiter aufgeweicht. Auf globaler Ebene sind Ideen wie das Menschenrecht auf Bildung oder medizinische Versorgung fest etabliert, politische Partizipationsmöglichkeiten gelten als das zentrale Merkmal demokratischer Systeme, und die Gleichberechtigung aller Menschen steht im Mittelpunkt jeglicher normativer Diskussion. Gerade die jüngere Generation ist selbst in Entwicklungsländern immer stärker durch diese globalen kulturellen Muster beeinflusst und schwächer in die lokalen traditionellen kulturellen System eingebunden. Anführer können nun eine zusätzliche Mittlerfunktion zwischen diesen globalisierten Werten und ihren Anhängern einnehmen und so bestehende Ungleichheiten delegitimieren. Auch mediale Berichterstattungen oder die rhetorische Anpassung der eigenen Regierung an diese globalen Normen leisten an dieser Stelle einen wichtigen Beitrag.

Den Eindruck, dass die gewünschten Veränderungen auch erreichbar sind, kann ein Anführer unabhängig von der tatsächlichen Situation mit rhetorischem Geschick wecken, indem er an die Kraft der Gruppe, die Ausstattung mit Waffen oder die Überlegenheit der eigenen Ethnie appelliert, jedoch können Veränderungen im politischen System, Wahlen oder eine Schwäche der momentanen Herrscher diese Möglichkeit auch tatsächlich bieten.

### 2.4 Demokratisierung und Mobilisierung

Demokratisierung gilt allgemein als das beste Mittel, um Kriege zwischen Staaten zu verhindern (Russett 1993), die Frage ist jedoch, inwieweit sie auch innerhalb der sich demokratisierenden Staaten für einen Rückgang der Gewalttätigkeit sorgt.

So habe ich oben bereits angedeutet, dass in Phasen des politischen Wandels aus theoretischer Sicht die Gefahr gewalttätiger Konflikte deutlich ansteigt, da in dieser Zeit die Weichen für die Zukunft neu gestellt werden und weitreichende Festlegungen getroffen werden. Zudem besteht in diesen Übergangsperioden, wie ebenfalls oben bereits angedeutet, für sich depriviert fühlende ethnisch mobilisierte Gruppen die reelle Chance, ihre Situation zu verbessern, in dem sie freiwerdende Machtpositionen einnehmen, um so ihren Einfluss in der Neugestaltung der Gesellschaft geltend machen zu können (Østby 2006). Verschärft wird dieses Problem, wenn die Gruppe in dem Land eine Minderheit darstellt und eine eindeutige Mehrheit existiert. Dann besteht die Gefahr, dass diese Mehrheit sich in einem demokratischen Verfahren die legitime Macht sichert und so die Minderheit keinen Einfluss mehr auf politische Entscheidungen ausüben kann (Stewart & O'Sullivan 1998, Horowitz 1993).

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Tatsache, dass es für Anführer in einem demokratischen System wichtig ist, von einer möglichst breiten Masse der Bevölkerung unterstützt zu werden. Nur so können sie in Machtpositionen gelangen oder ihre Stellung halten (Stewart & O'Sullivan 1998). Eine Mobilisierung weiter Teile der Bevölkerung über eine ethnische Argumentation ist dabei wiederum besonders interessant, da sie eine enge Bindung des Einzelnen an den Anführer leisten kann (Østby 2006).

So bleibt also festzuhalten, dass Demokratisierungsprozesse nicht nur das Potenzial für Mobilisierung und die Eskalation von Konflikten erhöhen, sondern auch den Anreiz für Anführer verstärken, sich dieses Potenzial zunutze zu machen. Im Zusammenspiel mit ausgeprägten *horizontalen Ungleichheiten* und einem starken Gefühl der *relativen Deprivation* ergibt sich somit eine besonders explosive Mischung:

„I expect that horizontal inequalities may be particularly explosive in democratic and semidemocratic regimes because the relatively deprived groups have both a strong motive and an opportunity for violent mobilisation.“ (Østby 2006: 2)

Für diese theoretischen Überlegungen finden sich Belege sowohl in qualitativen als auch in quantitativen empirischen Studien:

So analysieren Stewart und O'Sullivan (1998) die Wechselwirkungen zwischen demokratischen Strukturen und gewalttätigen Konflikten in Uganda und Kenia. Sie kommen dabei zu dem Schluss, dass Demokratisierungsprozesse nicht zwangsläufig zur Bewältigung interner Konflikte führen, sondern dass sie vielmehr diese Konflikte sogar auslösen oder verschärfen können. Weiterhin argumentieren sie anhand des Konfliktes in Sri Lanka, dass selbst demokratische Strukturen, die besonders auf die Integration ethnischer Minderheiten ausgelegt sind, nicht notwendigerweise zu einer Entspannung beitragen müssen.

Hegre und Kollegen (2001) hingegen analysieren die Frage nach dem Einfluss von Regimewechseln auf interne Konflikte anhand eines quantitativen Datensatzes, der interne Konflikte von 1816 bis 1992 umfasst. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die Gefahr interner Konflikte in einem Staat stark vom Grad der Demokratisierung abhängt: Dabei ist die Gefahr für gewalttätige Konflikte in autokratischen Staaten und in vollständig demokratisierten am geringsten und am höchsten in semi-demokratisch geführten Staaten. Hier sind weder die demokratischen Mechanismen stark genug, die ethnisch begründeten Spannungen aufzulösen, noch kann ein autokratischer Herrscher die Konflikte zentralisiert beilegen oder durch Repression unterdrücken.

Ein weiterer wichtiger Befund dieser Untersuchung ist die Feststellung, dass auch politischer Wandel stark zur Entwicklung gewalttätiger Konflikte beiträgt. So legen sie dar, dass besonders das Alter des aktuellen Regimes eine hohe Korrelation mit der Gefahr bewaffneter Konflikte aufweist. Je jünger dabei das gegenwärtige Regime ist, desto höher ist die Gefahr bewaffneter Konflikte. Dieser Zusammenhang gilt vor allen Dingen dann, wenn mit dem Regimewechsel auch ein Systemwechsel verbunden war. Bleibt der Grad der Demokratisierung eines Systems bei einem Regimewechsel gleich, egal auf welchem Niveau, so zeigt sich das Risiko bewaffneter Konflikte kaum erhöht. Ändert sich der Grad der Demokratisierung jedoch, egal in welche Richtung, steigt es stark an. So halten Hegre et al. (2001: 38f) beispielsweise fest:

„... a shift from an old autocracy to a new semidemocracy [...] increases the risk of civil war almost nine times relative to the risk before the regime change.“

Die Hypothese, dass sich *horizontale Ungleichheiten* besonders stark in demokratischen oder semi-demokratischen Systemen auswirken, hat Østby (2006) anhand empirischer Daten überprüft. Und tatsächlich kommt sie zu dem Ergebnis, dass *horizontale Ungleichheiten* das Risiko eines Konflikts

umso mehr anheben, je höher die Möglichkeiten für politische Partizipation sind. Hier findet sich also nicht, wie bei Hegre und anderen (2001), eine U-förmige Entwicklung, sondern eine monoton steigende.

Alle drei empirischen Analysen bestätigen also die Hypothese, dass demokratische Strukturen keineswegs zur Lösung innergesellschaftlicher Konflikte führen, sondern diese unter gewissen Voraussetzungen sogar auslösen oder verschärfen können.

### 3 Analyserahmen

Um die Überlegungen aus Kapitel 2 zusammenzufassen, möchte ich in diesem Kapitel meinen Analyserahmen für das vorliegende Fallbeispiel, den Bürgerkrieg in Côte d'Ivoire, darstellen: Der Analyserahmen umfasst dabei drei zentrale Faktoren, die die Entstehung ethnisch begründeter bewaffneter Konflikte innerhalb bestehender Staaten fördern:

1. *Horizontale Ungleichheiten*
2. Ein Machtvakuum oder eine schwache Regierung
3. Prozesse der Demokratisierung

Die Existenz dieser drei Faktoren macht eine ethnische Mobilisierung von Bevölkerungsteilen einerseits möglich und schafft andererseits für einige Akteure Anreize, dieses Potenzial auszunutzen, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

*Horizontale Ungleichheiten* können hier einerseits als Gemeinsamkeit der ethnischen Gruppe gesehen werden, die diese kennzeichnen und so ein Ankerpunkt für eine kollektive Identität bilden. Zudem schaffen Ungleichheiten, wenn sie den Individuen verdeutlicht werden, ein Gefühl der Ungleichbehandlung und können so, vor dem Hintergrund einer Entwicklung allgemeiner Menschenrechte, zu individueller Unzufriedenheit und Veränderungswillen führen. Diese *egoistische Deprivation* kann dann durch einen rhetorisch geschickten Anführer mit dem Schicksal der ethnischen Gruppe verknüpft werden und so zu *fraternalistischer Deprivation* führen, die die Grundlage für eine ethnische Mobilisierung bilden kann.

Ein Machtvakuum oder eine schwache aktuelle Regierung fördert die Entstehung einer neuen oder die Eskalation einer bestehenden ethnischen Spannung auf verschiedene Weisen: Zum einen schafft sie bei der Bevölkerung den Eindruck, eine Veränderung der gegebenen Situation sei möglich und

erhöht somit deren Bereitschaft, in dieser Hinsicht aktiv zu werden. Zudem erzeugt sie die Gefahr, dass andere Gruppen diese Möglichkeit ausnutzen und somit weitgehende Festlegungen getroffen werden, die den Interessen der eigenen Gruppe entgegenstehen.

Ein Machtvakuum schafft zusätzlich für einige Akteure die strategische Möglichkeit, selber Machtpositionen zu besetzen. Dazu bedarf es der Unterstützung aus der Bevölkerung und somit der Mobilisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Dabei ist eine ethnische Mobilisierung durch ihren Bezug auf als primordial verstandene Persönlichkeitseigenschaften und die dadurch entstehende Stabilität besonders attraktiv.

Prozesse der Demokratisierung schließlich zeichnen sich besonders durch ihre starke Betonung des Mobilisierungsaspekts aus. Da für einen Wahlsieg möglichst viele Stimmen aus der Bevölkerung notwendig sind, ist hier eine besondere Anstrengung der Kandidaten notwendig, ihre Anhänger zu mobilisieren. Da auch hier die ethnische Mobilisierung besonders attraktiv ist, kann diese nach einer Wahlniederlage einfach in eine Mobilisierung zu einem bewaffneten Konflikt umgesetzt werden.

Anhand dieser Aspekte möchte im Folgenden die Lage in Côte d'Ivoire in der Phase der Alleinherrschaft durch Félix Houphouët-Boigny von 1960 bis 1993 und die Situation nach dessen Tod 1993, die 2002 im Ausbruch eines Bürgerkriegs mündete, verglichen.

## 4 Der Konflikt in Côte d'Ivoire

### 4.1 Das ivoirische Wirtschaftswunder (1960 – 1979)

Côte d'Ivoire löste sich 1960 von der Kolonialmacht Frankreich und wurde ein unabhängiger Staat. Als Präsident wurde mit 98% der Stimmen Félix Houphouët-Boigny gewählt, der seit 1946 Mitglied der französischen Nationalversammlung gewesen und seit 1956 als Minister an der Gesetzgebung für die französischen Überseegebiete beteiligt war. Seine Popularität in Côte d'Ivoire verdankte Houphouët-Boigny jedoch seinem Engagement als Gründer und Vorsitzender des *Syndicat Agricole Africain* (SAA), einer Vereinigung afrikanischer Kakao- und Kaffeepflanzer, die sich gegen die Ungleichbehandlung gegenüber den Franzosen und gegen die Zwangsarbeit in ihren Gebieten einsetzten<sup>2</sup>. Aus dem SAA entstand dann 1946 die *Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire* (PDCI), die spätere Einheitspartei, die das Land bis in das Jahr 1999 beherrschte.

---

<sup>2</sup> Die Zwangsarbeit wurde in Französisch-Westafrika, zu dem Côte d'Ivoire damals gehörte, tatsächlich im April 1946 abgeschafft.

#### 4.1 Das ivoirische Wirtschaftswunder (1960 – 1979)

---

Nach der Unabhängigkeit entschied sich Houphouët dafür, die weitere Entwicklung des Landes in enger Zusammenarbeit mit der ehemaligen Kolonialmacht zu gestalten. Côte d'Ivoire verfügte zu dieser Zeit über eine außerordentlich leistungsfähige Landwirtschaft, deren wichtigste Güter Kakao, Kaffee und Holz darstellten (Wiese 1988). So wies die Wirtschaft in den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit ein Wachstum von durchschnittlich knapp 9% auf<sup>3</sup>. Jedoch war dieser Wohlstand innerhalb des Landes ungleich verteilt. Während die reichen Plantagenbesitzer und Pflanzler im Süden lebten, profitierten die Savannengebiete im Norden deutlich weniger von dem Wachstum. Auch im Hinblick auf Infrastruktur und Gesundheitsversorgung konzentrierte sich der Fortschritt im südlichen Küstengebiet (Wiese 1988, Lechler 1985).

Ein weiterer wichtiger Punkt für den Erfolg Houphouëts war sein Umgang mit den zahlreichen ethnischen Gruppen innerhalb der Grenzen des Landes. Bereits seit den 1950er Jahren war Houphouët als Vorsitzender der PDCI bestrebt, möglichst alle gesellschaftlichen Interessengruppen in der Partei zu absorbieren, um das Potenzial für Konflikte zu minimieren und Meinungsverschiedenheiten auf parteiinternem Weg austragen zu können. Auf diese Weise ermöglichte er allen Bürgern augenscheinlich die Partizipation an politischen Entscheidungen, obwohl sich in der Realität abzeichnete, dass diese Partizipation mehr symbolischen Charakter hatte (Ziemer 1984).

Auch die Errichtung staatlicher Industriebetriebe in Wirtschaftsbereichen, in denen keine privaten Investitionen erfolgten, war ein entscheidender Faktor für die Stabilität des Regimes Houphouëts. Diese staatlichen Industrieunternehmen nutzte er dann, um die Anführer aufkeimender Protestbewegungen auf seine Seite zu ziehen, indem er ihnen lukrative Posten zuwies. Großes Geschick bewies er auch 1969, als er beschloss ein Dialogforum einzurichten, da er der Meinung war, die Partei entferne sich zu sehr von der Bevölkerung. Hier traf er sich regelmäßig mit Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen, und die offene Atmosphäre der Gespräche ermöglichte es ihm, potenzielle Kritiker frühzeitig zu identifizieren und auf seine Seite zu ziehen. Auch die Anführer ethnischer Gruppen brachte er auf diese Weise dazu, seine Regierung zu unterstützen (Ziemer 1984).

---

<sup>3</sup> Daten aus Langer 2004: 12, eigene Berechnung.



#### 4.1 Das ivoirische Wirtschaftswunder (1960 – 1979)

---

Zudem spielte auch Houphouët's persönliches Image eine wichtige Rolle für die Stabilität des Landes. So stellte er sich als Vater des Landes dar (Ziemer 1984), und durch seine ständigen, wenn auch nur symbolischen, Versuche, die Meinung der Bevölkerung stärker in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen, bestätigte er diese Darstellung. Folgendes Zitat verdeutlicht diese Einstellung:

„Ihr habt euch nicht an den Präsidenten der Republik, den Parteichef, gewandt, sondern an den Vater, den Vater der Familie, der großen Familie der Elfenbeinküste.“ (Fraternité Martin 3.3.1982:16, zitiert und übersetzt in Ziemer 1984: 130)

Schließlich bewies Houphouët auch im Umgang mit den verschiedenen Ethnien großes Geschick. Durch eine Quotierung der ethnischen Zugehörigkeit in Regierungsämtern und teilweise sogar eine Überrepräsentation einzelner ethnischer Gruppen gelang es ihm, für Stabilität zu sorgen.

Kam es trotz aller stabilisierenden Maßnahmen noch zu ernsthaften Aufständen gegen seine Herrschaft, reagierte er schnell und mit brutaler Gewalt. So schlug er 1966 eine Sezessionsbewegung der ethnischen Gruppe der Agni nieder, und 1970 reagierte er auf die Forderung nach der Zulassung von Oppositionsparteien mit einem Massenmord an 4000 bis 6000 Bété (Coulibaly 2002).

Zu dem System, das Houphouët in dieser Zeit installierte und das Côte d'Ivoire trotz aller sozialen Ungleichheiten und ethnischen Spannungen über fast 30 Jahre weitestgehend stabil halten konnte, hält Langer (2004: 20) zusammenfassend fest:

„It was characterised by a culture of dialogue, compromise, rewards, punishment, forgiveness and reintegration.“

Aus der Perspektive meines Analyserahmens zeigt sich, dass es Houphouët gelang, die meisten Risikofaktoren für ethnisch motivierte Konflikte gering zu halten: Zwar existierten beträchtliche *horizontale Ungleichheiten* zwischen den Regionen, doch führten diese nicht zu ernsthaften Konflikten, da Houphouët potenzielle Anführer und Aufrührer frühzeitig erkennen und auf seine Seite ziehen konnte. Durch die symbolische Partizipation aller Bürger in die Entscheidungsprozesse und die ethnische Quotierung gelang es ihm zudem, ein gewisses Maß an Legitimation dieser Ungleichheiten zu erreichen und eine Verknüpfung dieser *strukturellen Gewalt* mit ethnischen Grenzziehungen und damit das Entstehen *fraternalistischer Deprivation* zu vermeiden. Das Einparteiensystem nahm zudem politischen Akteuren den Anreiz, die Bevölkerung gegen die Regierung zu mobilisieren.

#### 4.1 Das ivoirische Wirtschaftswunder (1960 – 1979)

---

Auch Houphouët's Selbstdarstellung als Vater der Nation spielte eine gewichtige Rolle für die Stabilität seiner Herrschaft. Ein großer Teil der Bevölkerung erinnert sich noch an seine Leistungen im Kampf gegen die Zwangsarbeit und in der Unabhängigkeitsbewegung und setzt daher großes Vertrauen in ihn, so dass Houphouët in diesem Zusammenhang durchaus als *charismatischer Herrscher* (Weber 1925/1947) gesehen werden kann.

Schließlich demonstrierte sein hartes und kompromissloses Vorgehen gegen aufbegehrende Gruppen eine harte Hand und senkte so die Wahrnehmung einer Chance auf wirkliche Veränderungen.

#### 4.2 Wirtschaftskrise und erste Reformen (1980 – 1993)

Ein Preissturz auf dem Kakaomarkt in den 80er Jahren offenbarte jedoch die große strukturelle Schwäche des Systems Houphouët's: Für sein Funktionieren war es in hohem Maße auf die Gelder angewiesen, die der Export von Kakao und Kaffee in das Land brachte (Ziemer 1984). Mit diesem Geld konnten die defizitären und ineffizienten staatlichen Industrieunternehmen finanziert werden, die Houphouët als Pfründe einsetzte, um seine Gegner versöhnlich zu stimmen.

Um diese maroden Staatsunternehmen zu sanieren, setzte Houphouët eine Kommission unter dem Vorsitz Mathieu Ekra ein, deren Bericht 1980 veröffentlicht wurde<sup>4</sup>. Die Kommission erkannte die Verfilzung zwischen den politischen, administrativen und wirtschaftlichen Spitzen und forderte eine Auflösung dieser Verflechtungen. Houphouët setzte die Forderung noch im selben Jahr in einer Reform des Wahlrechts um. So verschärfte er die Bestimmungen zur Vereinbarkeit von politischer und wirtschaftlicher Tätigkeit so weit, dass den Parlamentsabgeordneten nicht mehr erlaubt war, eine führende Tätigkeit in staatlichen oder staatlich unterstützten Unternehmen auszuüben (Ziemer 1984).

Zwar führte diese Reform zu einer leichten Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung von Côte d'Ivoire<sup>5</sup>, jedoch stellten sie in meinen Augen einen wichtigen Schritt zur Destabilisierung des politischen Systems dar. Durch das Verbot von wirtschaftlicher Tätigkeit für Politiker verlor Houphouët ein zentrales Mittel seiner Stabilitätspolitik: Er konnte nun unbequeme Parteifreunde und potenzielle gesellschaftliche Gegner nicht mehr so einfach durch die Zuweisung politischer und

---

<sup>4</sup> Abgedruckt in *Fraternité Hebdo*, 20.06.1980: 8-11 (nach Ziemer 1984).

<sup>5</sup> Während das Wirtschaftswachstum vor 1979 jedes Jahr zwischen +4 und +13% Prozent betrug, stürzte es 1980 auf -11% ab, und bewegte sich danach zwischen -4% und +4% (Langer 2004: 12).

wirtschaftlicher Funktionen ruhig stellen. Auch die beschlossene Reduzierung der Anzahl der Staatsunternehmen<sup>6</sup> trug zu diesem Problem bei, da sie das für Houphouët zu diesem Zweck verfügbare Kapital reduzierte.

Da die Wirtschaftskrise den Lebensstandard der Bauern und Pflanzer reduzierte, wuchs das Legitimationsdefizit der Regierung Houphouët an. Um dem entgegen zu wirken, entschloss sich der Präsident, dem Wahlsystem kompetitive Elemente hinzuzufügen. So wurde 1980 die Wahl einer durch die PDCI vorgelegten Einheitsliste durch einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Kandidaten innerhalb der Wahlkreise ersetzt. Auf diese Weise sollte die Legitimität der Regierung erhöht werden, um so die Stabilität zu sichern.

Im Lichte der aktuellen Ereignisse und aus der Perspektive meines Analyse Rahmens zeigt aber auch diese Reform destabilisierende Wirkung: So führte der Wettbewerb zwischen Kandidaten für diese die Notwendigkeit ein, Teile der Bevölkerung zu mobilisieren und sich so von anderen Kandidaten abzugrenzen. Es entstand ein Interesse politischer Akteure an individueller Identifikation mit einer bestimmten Gruppe, also ein Anreiz dazu, gesellschaftliche Gruppen abzugrenzen und gegeneinander auszuspielen. Hinzu kommt die Tatsache, dass sich durch einen so entstandenen Wettbewerb Konflikte zwischen Sieger und Besiegten entwickeln können und der Unterlegene dem Wahlsieger die Legitimation als „Vertreter aller“ absprechen kann (Ziemer 1984).

Die Reformen von 1980 konnten den wirtschaftlichen Abschwung des Landes zwar verlangsamen, aber nicht aufhalten. Ende der 80er Jahre befand sich das Land in einer ernsthaften Krise. Die Weltbank und der IWF intervenierten und verlangten eine weitergehende Privatisierung der Staatsbetriebe und eine Liberalisierung des Agrarsektors. Bis dahin waren den Bauern von der *Caisse de Stabilisation et de Soutien des Prix des Productions Agricoles* (CSSPPA) unabhängig vom Weltmarktpreis garantierte Preise gezahlt worden. Gedacht als Mittel zur Abschöpfung von Einnahmen war sie aber ab 1980 in der Situation, Gelder zuschießen zu müssen (Ziemer 1984).

1990 zeigte sich dann, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichten, um das in die Krise geratene System zu stabilisieren. Der Ausbruch von massiven Protesten gegen die Regierung von Seiten der Studenten und der illegalen politischen Opposition war für Houphouët Anlass, zu der Wahl im Oktober auch Oppositionsparteien zuzulassen. Er gewann die Wahlen zwar mit einer

---

<sup>6</sup> Von 36 auf 7 (Ziemer 1984: 101).

deutlichen Mehrheit von 82%, jedoch stellte diese Öffnung des politischen Systems einen weiteren Schritt in Richtung ethnischer Mobilisation dar, die seitdem eine zentrale Rolle in der ivoirischen politischen Debatte spielt (Dembele 2003).

So warf die wichtigste Oppositionspartei *Front Populaire Ivoirien* (FPI) der Regierungspartei PDCI die systematische Bevorzugung einiger ethnischer Gruppen vor, namentlich einiger Ethnien im Norden des Landes, die in den politischen Institutionen teilweise systematisch überrepräsentiert waren, und den Baoulé, denen der Präsident angehörte (Crook 1997).

Dieses Vorgehen der FPI steht im Einklang mit den Aussagen meines Analyserahmens. Durch die Zulassung oppositioneller Gruppen zur Wahl, wird für die Parteien die Notwendigkeit geschaffen, Teile der Bevölkerung in ihrem Sinne zu mobilisieren. Existieren dann *horizontale Ungleichheiten* entlang ethnischer Grenzen, können diese ausgenutzt werden, um die Bevölkerung anhand ethnischer Kriterien anzusprechen und ethnische Gruppen gegeneinander abzugrenzen und aufzuwiegeln (Østby 2006, Langer 2004).

Nach dem Wahlsieg Houphouët's änderte sich auch die Zusammensetzung seiner Regierung. So berief Houphouët mehr Mitglieder der ethnischen Gruppe der Akan<sup>7</sup> in seine Regierung, ernannte als Ausgleich dafür aber Alassane Ouattara, einen Wirtschaftsexperten, der lange Zeit für den IWF gearbeitet hatte, zum Premierminister. Ouattara gehörte dabei nicht den Akan an, sondern stammte aus der Gruppe der nördlichen Mandé, die im Norden des Landes leben (Langer 2004).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die kleinen Reformschritte in Richtung einer Liberalisierung der Wirtschaft und einer Demokratisierung zwischen 1980 und 1990 den Verfall des Landes nicht aufhalten konnten. Die Einführung kompetitiver Elemente in die Wahlen 1980 und die Zulassung oppositioneller Parteien 1990 förderten gar die Mobilisierung der Bevölkerung anhand ethnischer Kriterien und legten so den Grundstein für die spätere Eskalation des Konflikts.

#### **4.3 Nachfolgestreit, Putsch und Bürgerkrieg (1993 – 2002)**

Nach dem Tod Houphouët-Boignys 1993 im Alter von 88 Jahren wurde verfassungsgemäß der bisherige Parlamentspräsident Henri Konan Bédié sein Nachfolger. Ouattara, der sich selber Chancen auf die Nachfolge ausgerechnet hatte, versuchte zwar, dessen Ernennung zu verhindern, scheiterte damit aber und gab daraufhin seinen Posten als Premierminister auf.

---

<sup>7</sup> Die Akan stellen eine Obergruppe verschiedener Ethnien dar, zu denen auch Houphouët's Baoulé gehören (Wiese 1988).

Auch für die PDCI blieb der Tod ihres Gründers und einzigen Parteichefs nicht folgenlos: Unter der Führung von Djény Kobina spaltete sich eine neue Oppositionspartei, die *Rassemblement des républicains* (RDR) ab. Diese Partei sah ihre Klientel hauptsächlich in den Einwohnern des Nordens des Landes und in den muslimischen<sup>8</sup> Bevölkerungsteilen (Langer 2004). Wenig später wurde Alassane Ouattara, der selbst aus dem Norden stammte und Muslim ist, der politische Anführer der Partei.

Es zeichnete sich bei den anstehenden Wahlen 1995 somit ein Dreikampf um die Präsidentschaft ab. Aussichtsreiche Kandidaten waren der amtierende Präsident Bédié, der von der PDCI unterstützt wurde, Laurent Gbagbo, der Vorsitzende der FPI, und Alassane Ouattara.

Die Zeit vor den Wahlen war jedoch geprägt von ethnischer Mobilisierung: So schuf Bédié die Idee der *Ivoirité*, die vordergründig dazu gedacht war, einen Sinn von kultureller Einheit unter allen Einwohnern zu verbreiten, die jedoch inhaltlich eindeutig auf eine Vorrangstellung der Kultur der Baoulé, denen auch Bédié angehört, ausgerichtet war (Langer 2004). Die *Ivoirité* schlug sich schließlich auch in einer Änderung des Wahlgesetzes nieder, nach der beide Elternteile eines Präsidentschaftskandidaten ivoirische Staatsbürger sein mussten. Diese Regelung schloss Ouattara von den Wahlen aus, da es „Zweifel“ an der Herkunft seiner Eltern gab. Daraufhin beschloss die RDR, die Wahlen zu boykottieren.

Da Gbagbo und die FPI überzeugt waren, die Wahlen würden manipuliert, beschlossen auch sie einen Boykott, und so wurde Bédié mit 96,5% der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Die FPI und die RDR schlossen sich in der Folgezeit zur *Front républicain* zusammen und verweigerten der Regierung ihre Anerkennung (Langer 2004).

Nach seinem Wahlsieg setzte Bédié seine ethnisierte Politik fort. Er beendete alle Versuche, die Perspektiven der verschiedenen ethnischen Gruppen einzubeziehen, bevorzugte die Baoulé bei der Ernennung von Regierungsmitgliedern und begann, wichtige Position im Beamtenapparat und im Militär durch Baoulé zu ersetzen (Dozon 2000). Besonders stark benachteiligt wurden in diesem Prozess die Kru, denen Gbagbo angehört, und die nördlichen Mandé, die ethnische Gruppe Ouattaras (Langer 2004).

An dieser Stelle zeigt sich wiederum, wie die Einführung demokratischer Prozesse die ethnische Mobilisierung der Bevölkerung fördern kann. Bédié nutzte die ethnischen Spannungen, die seit den 1980er Jahren immer größer geworden waren, geschickt aus, um seine Macht zu sichern. Unter dem

---

<sup>8</sup> Ende der 90er Jahre gehörten insgesamt 38% der Bevölkerung insbesondere im Norden des Landes der muslimischen Religion an (Harenberg 1999).

Vorwand der nationalen kulturellen Einheit gelang es ihm, seine politischen Gegner auszuschalten. Auf gesellschaftlicher Ebene legte er damit aber den Grundstein für die späteren gewalttätigen Konflikte.

Auch die Rolle, die ein plötzlich entstehendes Machtvakuum bei der Mobilisierung der Bevölkerung anhand ethnischer Kriterien spielen kann, wird hier sehr deutlich. Da das etablierte Regime auf der Grundlage eines offenen Dialoges im Rahmen eines Einparteiensystems und des charismatischen Volkshelden Félix Houphouët-Boigny, gepaart mit brutaler Gewalt gegen Aufständische, nicht länger aufrecht erhalten werden konnte, musste eine neue Machtbasis geschaffen werden, die einem politischen Wettbewerb im Rahmen von Wahlen standhalten kann.

Weiter verschärft wurde die ethnische Spaltung in Côte d'Ivoire durch die wachsenden *horizontalen Ungleichheiten* entlang ethnischer Grenzen. Besonders in den ländlichen Gebieten verbesserte sich zwischen 1994 und 1998 der Lebensstandard der Akan und der Kru deutlich, während der der anderen Gruppen, insbesondere der nördlichen Mandé sich massiv verschlechterte (Langer 2004). Eine solche Verstärkung der Ungleichheiten kann, meinem Analyserahmen zufolge, gleichzeitig auch wieder zu einer Verschärfung der ethnischen Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen führen.

Insbesondere die Baouléisierung des Militärs und die daraus entstehende Unzufriedenheit unter Soldaten und Offizieren anderer ethnischer Gruppen führte dann 1999 zum Putsch gegen Bédié, nach dem General Robert Gueï als Interimspräsident eingesetzt wurde. Seine Politik bis zu den Wahlen 2000 ist ein besonders gutes Beispiel für den Einfluss demokratischer Prozesse auf ethnische Mobilisierung:

Zu Beginn seiner Amtszeit stellte sich Gueï ganz in die Tradition Houphouët-Boignys, indem er sich gegen die Idee der *Ivoirité* wandte und seine Regierung proportional mit Vertretern aller ethnischen Gruppen besetzte (Akindes 2003). Auch in der Verwaltung und im Militär beendete er die Bevorzugung bestimmter Ethnien.

Diese Politik änderte sich jedoch fundamental, als Gueï nach einigen Monaten beschloss, selbst bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 anzutreten. Um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern, begann auch er das Konzept der *Ivoirité* zu benutzen und erweiterte es um eine regionale Komponente, die dem Süden des Landes die Überlegenheit gegenüber dem Norden zusprach. Auch in Verwaltung und Militär begann er nun, Funktionäre aus dem Norden des Landes zu ersetzen (Dembele 2003). Er bestätigte sogar die Änderung des Wahlrechts durch Bédié, die nur Kandidaten

mit ivorischen Eltern zur Präsidentschaftswahl zuließ. Auf diese Weise wurde Alassane Ouattara wiederum von den Wahlen ausgeschlossen, die der RDR daraufhin erneut boykottierte (Langer 2004).

Nach der Wahl verhinderte Gueï, dass die nationale Wahlkommission die offiziellen Ergebnisse veröffentlichte und rief sich selbst zum Sieger aus, da er angeblich 51,35% der Stimmen erreicht hatte. Dies löste massive Demonstrationen der Bevölkerung, des Militärs und der Polizei aus, und Gueï wurde schließlich durch einen Angriff auf seine Leibgarde zur Flucht aus dem Land gezwungen. Die offiziellen Wahlergebnisse konnten veröffentlicht werden und ergaben einen Sieg für Laurent Gbagbo mit 59,36% der Stimmen (Le Pape 2002). Die RDR bestritt daraufhin die Legalität der Wahlen insgesamt und organisierte Straßenproteste in Abidjan und anderen großen Städten. Diese resultierten in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Anhängern der FPI und staatlichen Sicherheitskräften. Es kam gar zu einem Massaker, bei dem im Oktober in der Nähe von Abidjan knapp 60 RDR-Anhänger von Sicherheitskräften umgebracht wurden (Leymarie 2001).

Die ethnischen Spannungen hielten zwar an, zu blutigen Zusammenstößen kam es jedoch erst wieder, als der oberste Gerichtshof Ouattara im Dezember 2000 auch von der Teilnahme an den Parlamentswahlen ausschloss und die RDR sich erneut zu einem Wahlboykott entschied. Bei den folgenden Unruhen kamen knapp 30 Anhänger der RDR ums Leben (Langer 2004). Der Boykott durch die im Norden stark vertretene Partei führte zu einer deutlichen Unterrepräsentation der ethnischen Gruppen aus dem Norden im neu gewählten Parlament.

Um die Konflikte zu entschärfen, entschied sich Gbagbo im Juni 2001 dazu, eine Politik der nationalen Versöhnung einzuleiten und einigte sich im August 2002 mit Bédié und Ouattara auf die Formung einer Regierung der nationalen Einheit. Diese Einigung führte zwar zu einer höheren Repräsentanz der nördlichen Ethnien in der Regierung, brachte ihnen aber kaum zusätzlichen politischen Einfluss, da Gbagbo die Schlüsselpositionen weiterhin mit Mitgliedern seiner eigenen ethnischen Gruppe besetzte. Auch in Militär und Verwaltung förderte Gbagbo die Position der Kru und sicherte so seinen Einfluss (Langer 2004).

Die Unzufriedenheit innerhalb des Militärs führte dann schon im September 2001 zu einem versuchten Staatsstreich, der jedoch niedergeschlagen werden konnte. Im September 2002 erfolgte dann jedoch der Aufstand der Bewegung *Mouvement Patriotique pour la Côte d'Ivoire* (MPCI), einem Bündnis, das sich hauptsächlich aus Soldaten der nördlichen Landesteile zusammensetzte (Langer 2004). Diesem Aufstand schlossen sich bald andere Bewegungen an, die sich, teilweise mit

Unterstützung des liberianischen Präsidenten Taylor, im Westen des Landes gebildet hatten (Diallo 2005). Den Rebellen gelang es zwar nicht, die Regierung von Laurent Gbagbo zu stürzen, doch seit Ende September 2002 kontrollieren sie die nördliche Hälfte des Landes und kleine Gebiete an der liberianischen Grenze.

Trotz zahlreicher Vermittlungsversuche Frankreichs und der Afrikanischen Union und schließlich der militärischen Intervention der Vereinten Nationen 2004 gelang es bis heute nicht, den Bürgerkrieg zu beenden. Rebellen und Regierungstruppen stehen sich in der Mitte des Landes nach wie vor gegenüber, getrennt von einer Zone, die durch knapp 10.000 UN-Soldaten kontrolliert wird. Die Organisation von Wahlen scheitert immer wieder, und das Mandat von Präsident Gbagbo wurde bereits zweimal durch die Vereinten Nationen verlängert. Ein Ende des Konflikts ist momentan kaum in Sicht (Diallo 2005, Braeckman 2004).

Die Ereignisse nach dem Tode Houphouët-Boignys zeigen die Prozesse, die ich in Kapitel zwei und drei heraus gearbeitet habe, sehr deutlich auf: Durch den Wegfall der Integrationskraft des charismatischen Herrschers und die zunehmende Delegitimierung des Einparteiensystems erhöhte sich der Druck zur Einführung demokratischer Wahlen. Hinzu kam das durch den Tod Houphouët-Boignys entstehende Machtvakuum, das von Bédié nur durch Rückgriff auf ethnische Argumentationen ausgefüllt werden konnte. Die Verschärfung der *horizontalen Ungleichheiten* entlang ethnischer Grenzlinien ermöglichte es den verschiedenen politischen Führern, ihre Anhänger auf ethnischer Ebene anzusprechen und zu mobilisieren. Diese Dynamik, die ihren Anfang in der Einführung von demokratischen Wahlen nahm, führte schließlich zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2002.

## **5 Demokratisierung als Katalysator für ethnische Konflikte**

Die vorliegende Analyse der Entwicklung der ethnischen Spannungen und des Ausbruchs des Bürgerkriegs in Côte d'Ivoire zeigen deutlich, dass die Einführung demokratischer Prozesse in Staaten, die eine gemischte ethnische Struktur aufweisen und in denen starke *horizontale Ungleichheiten* zwischen den ethnischen Gruppen zu verzeichnen sind, vor besonderen Problemen steht.

Die *horizontalen Ungleichheiten* bieten ambitionierten politischen Akteuren die Möglichkeit, Bevölkerungsteile gegen die Regierung zu mobilisieren. Durch die Übereinstimmung der Ungleichheiten mit ethnischen Grenzlinien kann dies mit einer starken Gruppenidentifikation



verknüpft werden, wodurch das Konfliktpotenzial stark ansteigt. Dies zeigt sich in Côte d'Ivoire besonders daran, dass die umfangreichen Unruhen und Konflikte ihren Anfang in der Wirtschaftskrise nahmen, die der Verfall des Weltmarktpreises für Kakao zu Beginn der 80er Jahre auslöste.

Im Wahlkampf 1990 zeigte sich dann, dass die Einführung demokratischer Prozesse in das Wahlrecht von Côte d'Ivoire die Konflikte weiter verschärfte. So bot sich den politischen Führern jetzt ein Anreiz und auch eine Gelegenheit, ihre Anhänger auf ethnischer Grundlage zu mobilisieren, da sie sich ihre Unterstützung in den Wahlen sichern mussten.

Der Konflikt verschärfte sich erneut, als der charismatische Herrscher Houphouët-Boigny starb und ein Machtvakuum hinterließ, das verschiedene politische Akteure ausfüllen wollten. In der Folgezeit entwickelte sich ein politischer Konflikt zwischen Henri Konan Bédié, Alassane Ouattara und Laurent Gbagbo, der durch eine ethnisierende Rhetorik und insbesondere die Idee der *Ivoirité* auf die Bevölkerung übertragen wurde. Schließlich führten die Enttäuschungen nach dem Ausbleiben substanzieller Verbesserungen nach dem Putsch 1999 zur endgültigen Eskalation des Konflikts.

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass eine Einführung demokratischer Strukturen in Ländern mit erheblichen sozialen Ungleichheiten von Anstrengungen begleitet werden muss, die Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen abzubauen. Nur so kann eine Instrumentalisierung ethnischer Ungleichheiten durch politische Akteure im Verlaufe des Wahlkampfes verhindert werden. Die Stabilität des Regimes Houphouët-Boignys zeigt zudem auf, wie wichtig eine gleichmäßige Einbeziehung aller ethnischen Gruppen in politische Entscheidungsprozesse ist.

## 6 Quellenverzeichnis

- Akindes, F. (2003):** *Racines des crises socio-politiques en Côte d'Ivoire et sens de l'histoire*. Vorgestellt auf der Konferenz *Identity, security and the negotiation of national belonging in West Africa. Reflections on the crisis in Côte d'Ivoire*, Dakar, 15-16. Mai 2003. (Zitiert in Langer 2004).
- Alexander, J.; McGregor, J. et al. (2000):** *Ethnicity and the Politics of Conflict: The Case of Matabeleland*. In: Nafziger, S.F.; Vayrynen, R. (Hg.): *War, Hunger, and Displacement: The Origin of Humanitarian Emergencies*. Oxford. Oxford University Press. S. 305-336.
- Beaton, A. M.; Tougas, F. (1997):** *The Representation of Women in Management: The more, the Merrier?*. In: *Personality and Social Psychology Bulletin*, Vol. 23, S. 773-782.
- Bonacker, T.; Imbusch, P. (2006):** *Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden*. In: Imbusch, P.; Zoll, R. (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 67-142.
- Braeckmann, C. (2004):** *Elfenbeinküste hofft auf Wiedervereinigung. Drei Rivalen und eine Schutzmacht*. In: *Le Monde diplomatique* Nr. 7458 vom 10.9.2004 .  
([http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel\\_a0058.idx,17](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel_a0058.idx,17), 13.12.2006).
- Coulibaly, T. (2002):** *Die Elfenbeinküste hat ihren eigenen Nord-Süd-Konflikt. Bürgerkrieg im Namen der Ivoirité*. In: *Le Monde diplomatique* Nr. 6905 vom 15.11.2002.  
([http://www.monde-diplomatique.de/pm/2002/11/15/a0074.text.name\\_askx6D8F3.n,4](http://www.monde-diplomatique.de/pm/2002/11/15/a0074.text.name_askx6D8F3.n,4), 13.12.2006 ).
- Crook, R. (1997):** *Winning Coalitions and ethno-regional politics: the failure of the opposition in the 1990 and 1995 elections in Côte d'Ivoire*. In: *African Affairs*, Vol. 96, S. 215-242.
- Crosby, F. J. (1976):** *A Model of Egoistical Relative Deprivation*. In: *Psychological Review*, Vol. 83, S. 85-113.
- Crosby, F. J. (1982):** *Relative Deprivation and Working Women*. Oxford: Oxford University Press.
- Dembele, O. (2003):** *Côte d'Ivoire: la fracture communautaire*. In: *Politique Africaine*, Vol. 89, S. 34-48. (Zitiert in Langer 2004).
- Diallo, Y. (2005):** *From Stability to Uncertainty: A Recent Political History of Côte d'Ivoire*. Max Planck Institute for Social Anthropology Working Paper No. 74.
- Dion, K. L. (1986):** *Responses to Perceived Discrimination and Relative Deprivation*. In: Olson, J.M.; Hernman, C.P.; Zanna, M.P. (Hg): *Relative Deprivation and Social Comparison: The Ontario Symposium (Vol. 4)*. Hillsdale: Erlbaum. S. 159-180.
- Dozon, J.-P. (2000):** *La Côte d'Ivoire entre démocratie, nationalisme et ethnonationalisme*. In: *Politique Africaine*, Vol. 78, S. 45-62. (Zitiert in Langer 2004)
- Dubé, L.; Guimond, S. (1986):** *Relative Deprivation and Social Protest: The Personal Group Issue*. In: Olson, J.M.; Hernman, C.P.; Zanna, M.P. (Hg): *Relative Deprivation and Social Comparison: The Ontario Symposium (Vol. 4)*. Hillsdale: Erlbaum. S. 201-216.
- Ellemers, N. (2002):** *Social Identity and Relative Deprivation*. In: Walker, I.; Smith, H.J. (Hg.): *Relative Deprivation: Specification, Development, and Integration*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 239-264.
- Elster, J.; Offe, C.; Preuß U. (1998):** *Institutional Design in Post-communist Societies: Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esser, H. (1996):** *Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital*. In: Heitmeyer, W.; Dollase, R. (Hg): *Die bedrängte Toleranz*. Frankfurt/Main: Suhrkamp. S. 64-99 .
- Esser, H. (1999):** *Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln*. Frankfurt/Main: Campus.

- Folger, R. (1987):** *Reformulating the Preconditions of Resentment: A Referent Cognitions Model*. In: Masters, J.C.; Smith, W.P. (Hg.): *Social Comparison, Social Justice and Relative Deprivation: Theoretical, Empirical, and Policy Perspectives*. Hillsdale: Erlbaum. S. 183-215.
- Galtung, J. (1969/1983):** *Strukturelle Gewalt: Beiträge zur Friedensforschung*. Reinbeck: Rowohlt.
- Galtung, J. (1990):** *Cultural Violence*. In: *Journal of Peace Research*, Vol. 27, S. 291-305.
- Glazer, N; Moynihan, D. (1975):** *Ethnicity, Theory and Experience*. Cambridge: Harvard University Press.
- Gurin, P. (1985):** *Women's Gender Consciousness*. In: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 49, S. 143-163.
- Gurney, J. N.; Tierney, K. J. (1982):** *Relative Deprivation and Social Movements: A Critical Look at Twenty Years of Theory and Research*. In: *Sociological Quarterly*, Vol. 23, S. 33-47.
- Harenberg (1999):** *Harenberg Länderlexikon*. Dortmund: Harenberg Lexikon Verlag.
- Hegre, H.; Ellingsen, T.; Gates, S.; Gleditsch, N. P. (2001):** *Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civi War, 1816-1992*. In: *American Political Science Review*, Vol 95, S. 33-48
- Horowitz, D. L. (1993):** *Democracy in Divided Societies*. In: *Journal of Democracy*, Vol. 4, S. 18–38.
- Langer, A. (2004):** *Horizontal Inequalities and Violent Conflict: The Case of Côte d'Ivoire*. CRISE Working Paper No.13.  
(<http://www.crise.ox.ac.uk/pubs/workingpaper13.pdf>, 21.03.2007)
- Le Pape, M. (2002):** *Chronologie politique de la Côte d'Ivoire, du coup d'état aux élections*. In: Le Pape, M, Vidal, C: *Côte d'Ivoire: l'année terrible, 1999-2000* . Paris:Karthala. (Zitiert in Langer 2004)
- Leymarie, P. (2001):** *Die Dynamik der ivorischen Staatsstreiche bringt neue Unruhen in die Region. Düstere Aussichten für die Demokratie in Westafrika*. In: *Le Monde diplomatique*, Nr. 6398 vom 16.03.2001  
(<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2001/03/16/a0035.text.name,asksNdn0P.n,25>, 21.03.2007)
- Londsdale, J. (1990):** *Mau-Maus of the Mind – making Mai Mai and Remaking Kenya*. In: *Journal of African History*, Vol. 31, S. 393-421.
- Major, B. (1994):** *From Social Inequality to Personal Entitlement: The Role of Social Comparisons, Legitimacy Appraisals, and Group Membership*. In: *Advances in Experimental Social Psychology*, Vol. 26, S. 293-355.
- Meyer, J. W. (2005):** *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Østby, G. (2006):** *Horizontal Inequalities, Political Environment and Civil Conflict: Evidence From 55 Developing Countries*. CRISE Working Paper No.28.  
(<http://www.crise.ox.ac.uk/pubs/workingpaper28.pdf>, 21.03.2007)
- Pettigrew, T. F. (2002):** *Summing Up: Relative Deprivation as a Key Social Psychological Concept*. In: Walker, I.; Smith, H.J. (Hg.): *Relative Deprivation: Specification, Development, and Integration*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 351-373.
- Rothchild, D. (1983):** *Collective Demands for Improved Distributions*. In: Rothchild, D.; Olorunsola, V.A.: *State versus Ethnic Claims: African Policy Dilemmas*. Boulder: West View Press. S. 172-198
- Runciman, W. G. (1966/1980):** *Relative Deprivation and Social Justice: A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England*. London et al.: Routledge & Kegan Paul.
- Russett, B. M. (1993):** *Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World*. Princeton: Princeton University Press.
- Simon, B.; Loewy, M.; Stürmer, S. et al. (1998):** *Collective Identification and Social Movement Participation*. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, Vol. 74, S. 646-658.

- Smith, H. J.; Ortiz, D. J. (2002):** *Is It Just Me?: The Different Consequences of Personal and Group Relative Deprivation*. In: Walker, I.; Smith, H.J. (Hg.): *Relative Deprivation: Specification, Development, and Integration*. Cambridge: Cambridge University Press. S. 119-135.
- Stewart, F.; O'Sullivan, M. (1998):** *Democracy, Conflict and Development – Three Cases*. Queen Elizabeth House Working Paper No. 15.  
(<http://www.qeh.ox.ac.uk/RePEc/qeh/qehwps/qehwps15.pdf> , 21.03.2007)
- Stewart, F. (2000):** *Crisis prevention: Tackling Horizontal Inequalities*. In: *Oxford Development Studies*, Vol 28, S. 245-262.
- Stewart, F. (2002):** *Horizontal Inequalities: A Neglected Dimension of Development*. CRISE Working Paper No.1.  
(<http://www.crise.ox.ac.uk/pubs/workingpaper1.pdf>, 21.03.2007)
- Stouffer, S. A.; Suchman, E. A.; DeVinney, L. c. Et al. (1949/1965):** *The American Soldier: Adjustment During Army Life. Volume I*. Manhattan: Eisenhower Hall.
- Turton, D. (1997):** *War and Ethnicity: Global Connections and Local Violence in North East Africa and Former Yugoslavia*. In: *Oxford Development Studies*, Vol. 25, S. 77-94.
- UNOCI (2007):** *Côte d'Ivoire - UNOCI - Facts and Figures*  
(<http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unoci/facts.html>, 21.03.2007)
- Weber, M. (1925/1947):** *Grundriss der Sozialökonomik – Wirtschaft und Gesellschaft I. Halbband*. J.C.B. Mohr: Tübingen.
- Wiese, B. (1988):** *Elfenbeinküste. Erfolge und Probleme eines Entwicklungslandes in den westafrikanischen Tropen*. Darmstadt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Ziemer, K. (1984):** *Demokratisierung in Westafrika? Die politischen Systeme von Senegal, Elfenbeinküste und Togo nach 2 Jahrzehnten Unabhängigkeit*. Paderborn et al.: Schöningh.